

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Horst Kortlang und Jörg Bode (FDP)

Wie bewertet die Landesregierung die mögliche Einführung flächendeckender Dieselfahrverbote?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Stefan Birkner, Horst Kortlang und Jörg Bode (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 07.03.2018

In der Stadt Hannover werde über die Einführung flächendeckender Dieselfahrverbote diskutiert, heißt es in einem Artikel der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 6. März 2018. Demnach schwebte Oberbürgermeister Schostok ein gestuftes Verfahren vor, bei dem zunächst älteren Dieselfahrzeugen und später auch solchen mit Euro-5-Motoren die Zufahrt zur Stadt verboten werden könne. „Wenn wir nur einzelne Straßen sperren, verlagert sich der Verkehr auf die Nebenstraßen“, äußert sich die städtische Umweltdezernentin Tegtmeyer-Deffe. Diese Erkenntnis, die das Ergebnis von Modellrechnungen sei und vom Land Niedersachsen geteilt werde, mache bei einer Einführung von Dieselfahrverboten eine flächendeckende Vorgehensweise notwendig.

1. Wie bewertet die Landesregierung die mögliche Einführung flächendeckender Dieselfahrverbote in Hannover sowie in anderen niedersächsischen Kommunen?
2. Teilt die Landesregierung die Auffassung der Stadt Hannover, wonach sich der Verkehr bei der Sperrung einzelner Straßen auf Nebenstraßen verlagere und mögliche Fahrverbote aus diesem Grund flächendeckend umgesetzt werden müssten?
3. Auf welche Modellrechnungen zu den Auswirkungen von Fahrverboten auf einzelnen Straßen bezieht sich die Stadt Hannover, wann wurden diese durchgeführt, und wie waren die genauen Ergebnisse?
4. Ist nach Auffassung der Landesregierung aufgrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes vom 27. Februar 2018 die Einführung von Dieselfahrverboten zur Einhaltung des Stickstoffdioxidgrenzwertes in betroffenen Kommunen notwendig?
5. Welche anderen Maßnahmen als Fahrverbote sind nach Auffassung der Landesregierung in den betroffenen niedersächsischen Kommunen geeignet, damit der Grenzwert für Stickstoffdioxid eingehalten wird?
6. Was unternimmt die Landesregierung zur Unterstützung der betroffenen Kommunen, damit der Grenzwert für Stickstoffdioxid in diesen eingehalten wird?
7. Was unternimmt die Landesregierung, um die Einführung flächendeckender Dieselfahrverbote in Hannover sowie in anderen niedersächsischen Kommunen zu verhindern?

(Verteilt am 13.03.2018)